

Der Zweite Weltkrieg

Quelle:
Deutsche Geschichten

Deutsche Geschichten

6.4.2005

»<http://www.deutsche geschichten.de>«
Ein Internet-Angebot der Cine Plus Media Service GmbH & Co KG in Co-Produktion mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
Stand April 2005.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Der Beitrag skizziert die wichtigsten Etappen von den ersten Besetzungen über die Wende im Winter 1941/42 bis zum selbstzerstörerischen "totalen Krieg" und der totalen Niederlage Deutschlands.

Einleitung

Schon vor dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 und damit dem Beginn des nationalsozialistischen Eroberungskrieges war abzusehen, dass ein Angriff auf Polen in jedem Fall das Eingreifen Großbritanniens zur Folge haben würde: Am 31. März 1939 hatten die Briten erklärt, im Falle einer Bedrohung den Bestand Polens bewahren und für die nationale Souveränität des Landes eintreten zu wollen.

Am 3. September 1939 erklärten sowohl Großbritannien als auch Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Einige Tage später schlossen sich Australien, Indien und Neuseeland, die Südafrikanische Union und Kanada der britischen Kriegserklärung an.

Auch wenn dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt durch den Kongress zunächst die Möglichkeit für ein militärisches Engagement an der Seite der Westmächte verwehrt wurde, ließ er keinen Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten auf der Seite der Westmächte standen. Die Haltung der "bewaffneten Neutralität" erlaubte es der amerikanischen Regierung, aufzurüsten und einen "Kreuzzug für die Demokratie" vorzubereiten.

Stalin, der offensichtlich mit einem langen Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland rechnete, hielt er sich an das Nichtangriffsabkommen und auch an das dieses ergänzende Wirtschaftsabkommen. Er sah im Deutschen Reich ohnehin den schwächeren Part und versprach sich durch einen Zeitgewinn die Bewahrung größerer Handlungsfreiheit für Russland.

Damit kündigte sich trotz der strikten Neutralitätserklärung Japans die globale Dimension, die der Krieg sehr bald annehmen sollte, schon zu diesem Zeitpunkt an.

Deutschland blieb allein – denn auch Italien hatte schon angekündigt, dass es die Verpflichtungen des Stahlpaktes nicht erfüllen könne.

Eroberung Polens

Die Tatsache, dass sich Frankreich und Großbritannien trotz ihrer Kriegserklärung für eine Strategie des Abwartens gegenüber Deutschland entschieden, um ihre Land- und Luftstreitkräfte auszubauen, erwies sich für Hitler als strategische Chance. Denn der "Sitzkrieg" im Westen erlaubte eine Konzentration aller verfügbaren militärischen Kräfte im Osten. Das war die Voraussetzung dafür, dass die Wehrmachtsführung den Bewegungskrieg mit motorisierten Verbänden und einer starken Panzer- und Luftwaffe zum raschen Erfolg bringen konnte. Nach einer Woche erreichten deutsche Panzerverbände die Stadtgrenze von Warschau. Nach einer weiteren Woche war die Hauptstadt eingeschlossen und die militärische Niederlage Polens war absehbar. Als Hitler die Bombardierung der Stadt befahl, kapitulierte Warschau am 27. September, nachdem die polnische Regierung bereits am 17. September das Land verlassen hatte. Am selben Tag gab Stalin, von der deutschen Seite dazu gedrängt, der Roten Armee den Befehl zum Einmarsch in Ostpolen, um sich den im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes vorgesehenen Anteil an der Beute zu sichern. Nach der Niederwerfung Polens schlossen Deutschland und Sowjetunion am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag, der zur vierten Teilung Polens führte und in einem geheimen Zusatzprotokoll einen Gebietsaustausch vorsah.

Der Großteil der litauischen Gebiete, die eigentlich der deutschen Einflussphäre zugeordnet werden sollten, fiel an die Sowjetunion, während sich die Deutschen Warschau und Lublin ihrem Machtbereich einverleibten. Am 6. Oktober wurden die Kampfhandlungen beendet. Hitlers Sieg wurde von der Propaganda als Blitzkrieg gefeiert. Doch dieser Erfolg, der Führung und Öffentlichkeit blendete, wäre ohne die Untätigkeit der Westmächte nicht zustande gekommen. Hinter der Legende vom "Blitzkrieg" zeigten sich die ersten Elemente eines nationalsozialistischen Vernichtungskrieges gegen Teile der Bevölkerung, die aus rassenideologischen Gründen vertrieben oder ermordet wurden. Schon am 22. August 1939 hatte Hitler als Ziel des Feldzuges die "Vernichtung Polens" genannt, wörtlich "die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie". Was das bedeutete, zeigte sehr bald die nationalsozialistische Besatzungspolitik. Aus Polen wurden Lebensmittel und Arbeitskräfte herausgepresst, hinter der Front sollte das langfristige ideologische Ziel der "Germanisierung" Polens ins Werk gesetzt werden. Das bedeutete nach den Plänen Himmlers und Heydrichs die Verhaftung und Abschiebung der polnischen

Führungsschichten, Erniedrigung der übrigen Bevölkerung zu Arbeitssklaven sowie eine von rassenideologischen Zielen geleitete Umsiedlungs- und Eindeutschungspolitik. Die Politik der Ausbeutung und der "Germanisierung" war ein eindeutiger Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht, das für die Wehrmacht noch galt. "Die Wehrmacht", hieß es im Aufruf des Oberbefehlshabers des Heeres vom 1. September 1939, "sieht in der Bevölkerung nicht ihren Feind. Alle völker-rechtlichen Bestimmungen werden geachtet werden." Damit deuteten sich zwei entgegengesetzte Konzepte von Besatzungspolitik an, auch wenn in der ideologisch aufgeladenen Alltagswirklichkeit des Krieges und der Besatzung sich diese Trennlinien bald verwischen sollten.

In einer Atmosphäre des aufgestauten Hasses und der Gewalt kam es in Bromberg am 3. September 1939 zu antideutschen Ausschreitungen, denen Hunderte von "Volksdeutschen" zum Opfer fielen. Diese Vorfälle wurden von deutscher Seite zur Rechtfertigung von Geislerschießungen in großem Umfang genutzt, in die auch teilweise die Wehrmacht verstrickt war. Doch noch versuchten die Militärbefehlshaber, die in den besetzten Gebieten die exekutive Gewalt besaßen, solchen Ausschreitungen entgegenzuwirken. Zu einem eigenen Machtfaktor wurden die "Einsatzgruppen", die aus Himmlers SD und Einheiten der Sicherheitspolizei (Sipo) gebildet waren. Als politische Sondereinheiten der Polizei waren sie zum ersten Mal beim Einmarsch nach Österreich und in die Tschechoslowakei hinter den vorrückenden Militäreinheiten aufgetreten und hatten dort die Verfolgung der politischen Opposition und der ideologischen Gegner übernommen. Vor dem Einmarsch nach Polen wurden sechs Einsatzgruppen gebildet, die formell noch dem Heer unterstellt waren. Insgesamt gab es 15 Einsatzkommandos von etwa 120 bis 150 Mann. Der Auftrag dieser mobilen Verfolgungs- und Tötungskommandos lautete, alle "reichs- und deutschfeindlichen Elemente im Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe" zu bekämpfen.

Tatsächlich begannen die Einsatzgruppen sehr bald damit, nach einer vorbereiteten Kartei in Polen insgesamt 30.000 Menschen zu verhaften und in Konzentrationslager einzuweisen. Außerdem erhielten sie von Himmler den Befehl, "polnische Aufständische, die auf frischer Tat oder mit der Waffe ergriffen" würden, "auf der Stelle zu erschießen". Damit setzte sich der Reichsführer-SS über Weisungen der Heeresleitung hinweg, die ausdrücklich festgestellt hatte, dass "Freischärler" nach ihrer Festnahme nicht ohne gerichtliches Verfahren bestraft werden dürften. Auch die unscharfe Auslegung des Begriffes "Freischärler" führte zu einer allmählichen Ausweitung der Verfolgung auf die verschiedenen ideologischen "Feindgruppen". Das Ziel der Aktionen der Einsatzgruppen hatte Heydrich schon am 7. September formuliert: "Die führende Bevölkerungsschicht in Polen soll so gut wie möglich unschädlich gemacht werden." Nach einer Weisung Heydrichs vom 21. September sollten auch Juden mit einbezogen werden.

Maßnahmen gegen die Juden, die in größeren Städten zusammenzufassen waren, sollten mit der Zivilverwaltung und der militärischen Führung abgestimmt werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Wehrmachtsführung, die sich noch um die Einhaltung der völkerrechtlichen Normen bemühte, wurden im Oktober 1939 immer weiter eingeschränkt, als Hitler die Eingliederung von knapp der Hälfte der von der deutschen Wehrmacht eroberten polnischen Gebiete ins Reich anordnete. Diesseits der neuen Grenze, die von der Ostgrenze Ostpreußens zur Ostgrenze Oberschlesiens verlief, sollte die einheimische polnische Bevölkerung ausgesiedelt und Deutsche angesiedelt werden. Das unter deutscher Herrschaft stehende Gebiet jenseits der Grenze erhielt nun den Namen "Generalgouvernement". Die dort wohnenden bzw. dorthin vertriebenen Polen sollten ein "Helotendasein auf niedriger Kulturstufe" (Ludolf Herbst) führen. Für die Verfolgungs-, Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik, die im nationalsozialistischen Sprachgebrauch als "völkische Flurbereinigung" bezeichnet wurde, erhielt Himmler am 7. Oktober umfassende Vollmachten, als ihm in einem geheimen "Führerbefehl" das Amt eines "Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums" übertragen wurde. Himmler nutzte diesen Befehl, um im Osten einen Machtbereich der SS zu etablieren, der jeder Kontrolle durch Verwaltung und Recht entzogen war und der in den eroberten und besetzten Gebieten in neuer Konkurrenz zur Wehrmacht stehen sollte. Auch mit den Leitern der neu ernannten Zivilverwaltungen hatte der jeweilige Militärbefehlshaber Gegenspieler, die als Gauleiter bzw. Vertraute von Hitler über die größeren Einflussmöglichkeiten verfügten. Hitler speiste die Wehrmachtsführung mit der Bemerkung ab, dass sie nun eine Verantwortung weniger habe. Halder erläuterte weiter: Harter Volkstumskampf gestattet keine gesetzlichen Bindungen".

Deportationen, Umsiedlungen und Massenerschießungen

In seiner neuen Eigenschaft als "Reichskommissar" begann Himmler schon Ende Oktober 1939 mit seiner "Rassen- und Volkstumspolitik". Bis zum Februar 1940 sollten größere Teile der nichtjüdischen polnischen Bevölkerung und "alle Juden" aus den eingegliederten Ostgebieten ausgesiedelt werden. Nach den anfänglich wilden Deportationen durch die Einsatzgruppen und die lokalen NS-Funktionsträger übernahm das Reichssicherheitshauptamt die zentrale Organisation der Massendeportationen. Innerhalb weniger Tage wurden Anfang Dezember 1939 87000 Personen aus dem "Reichsgau Posen" ins Generalgouvernement deportiert und im Februar 1940 40000 Polen aus dem Warthegau. Im Laufe des Jahres wurden weitere 120.000 Polen zwangsausgesiedelt, deren Wohn- und Lebensräume dann von "volksdeutschen" Umsiedlern aus den baltischen Staaten und aus Wolhynien eingenommen werden sollten.

Bis Ende 1940 wurden etwa 325000 polnische Staatsangehörige zwangsumgesiedelt und damit ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt. Zu den Aussiedlungsaktionen und den gegenläufigen Ansiedlungsmaßnahmen, die den Kern der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik bildeten, kamen so genannte "Eindeutschungs-Maßnahmen. Zu denen hatten sich die nationalsozialistischen Siedlungsideologen entschlossen, da die "Volksdeutschen" in den besetzten Gebieten ansonsten in der Minderheit geblieben wären. In Anlehnung an das "Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935 wurde eine so genannte "deutsche Volksliste" erstellt, die die polnische Bevölkerung in vier Kategorien aufteilte. SS und Parteidienststellen machten sich mit fanatischem Eifer daran, nach ihren abstrusen rassebiologischen Kriterien eine neue Hierarchie der Bevölkerung mit unterschiedlichen Rechten, unterschiedlichen Lebens- und Versorgungsmöglichkeiten aufzubauen. An der Spitze standen die Reichsbürger, bestehend aus "volksdeutschen" Umsiedlern und Polen, die als "eindeutschungsfähig" galten. Ihnen folgte eine Gruppe der "Staatsangehörigen", die sich gleichsam als Deutsche auf Probe um die Aufnahme bemühen sollten. Sie waren in Bezug auf ihre Versorgung und Arbeitsrechte der ersten Gruppe gleichgestellt, konnten aber nicht Beamte werden und mussten bei einer Eheschließung erst die Genehmigung deutscher Behörden einholen. Darunter gab es eine Gruppe von "Staatsangehörigen" auf Probe, deren Rechte noch geringer waren als die der zweiten Gruppe. Diese beiden Gruppen zählten etwa 3,4 Millionen Menschen. Ihnen standen etwa sechs Millionen Polen gegenüber, die zu dem niedrigeren Status der "Schutzangehörigen" gehörten und ein Leben als Arbeitssklaven führen sollten.

Polen wurde nach der Besetzung zugleich zum Objekt einer gewaltigen Ausbeutungspolitik. Arbeitskräfte, Nahrungsmittel, Rohstoffe und Maschinen wurden ins Deutsche Reich gebracht, um die deutsche Kriegswirtschaft zu unterstützen. Ende 1939 erfolgten zunächst auf freiwilliger Basis Arbeitskräftewerbungen im Generalgouvernement, die jedoch bereits nach einem Monat zunehmend Zwangscharakter erhielten. Bis zum Sommer 1940 waren auf diese Art und Weise 311.000 Arbeitskräfte ins Reich verbracht worden, 1942 kamen noch einmal 400.000 dazu. Parallel zu den Deportationen und Arbeitskräftezwangsrekrutierungen unter der polnischen Bevölkerung erfolgten mit noch größerer Radikalität die Deportationen der jüdischen Bevölkerung. Sie wurden von den Einsatzgruppen aus den eingegliederten Gebieten vertrieben und in Ghettos des Generalgouvernements verbracht. Die Vertreibungen der polnischen Juden gingen ungeachtet aller militärischen Zwänge weiter. Schon Anfang 1940 wurde aus den annektierten Gebieten gemeldet, sie seien "judenfrei". In großen Ghettos, vor allem in Warschau, Krakau, Lemberg, Lublin und Radom wurde die jüdische Bevölkerung zusammengepfercht; dies war, wie sich bald herausstellen sollte, nur eine Etappe auf dem Wege zu ihrer Vernichtung.

Noch gab es Offiziere und Soldaten, die das Morden der SS registrierten und dagegen aufbegehrten. Aus der 14. Armee wurde gemeldet, in der Truppe herrsche große Unruhe, die "durch die zum Teil ungesetzlichen Maßnahmen von Einsatzgruppen [...] entstanden" sei (Massenerschießungen, insbesondere von Juden). Die Truppe sei "vor allem darüber verärgert, dass junge Leute, statt an der Front zu kämpfen, ihren Mut an Wehrlosen erprobten." Generaloberst Johannes Albrecht Blaskowitz ließ die Meldungen über die Misshandlungen von Juden und Polen, über Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde sammeln und übte in verschiedenen Denkschriften an den Oberbefehlshaber des Heeres, die schließlich auch bei Hitler landeten, scharfe Kritik. Am 6. Februar 1940 bilanzierte er: "Die Einstellung der Truppe zu SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Hass. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden." Eine Woche später wurde der lästige Kritiker auf Drängen des Generalgouverneurs von Polen Hans Frank an die Westfront abgeschoben. Sein Protest blieb wirkungslos, wenn er auch seiner militärischen Karriere nicht geschadet hat. Gewiss gab es viele Zeichen einer individuellen Scham, aber diejenigen Soldaten, die gegen den Terror von SS und Polizei protestierten, standen sowohl innerhalb des verbrecherischen Systems als auch unter ihren Standesgenossen auf verlorenem Posten. Für einige wenige Offiziere wurden die Erfahrungen in Polen zur Grundlage eines moralisch-politischen Aufbegehrens. Einer von ihnen, Helmuth Stieff (1901-1944), Chef der Gruppe III der Operationsabteilung im Generalstab und im Widerstand aktiv, formulierte seine Befindlichkeit im November 1939: "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihr nicht bald das Handwerk legen."

Doch die politischen Voraussetzungen für ein solches Aufbegehren waren denkbar ungünstig. Die Mehrheit der Offiziere fühlte sich durch die preußisch-deutschen Tugenden von Gehorsam und Vertrauen an die Obrigkeit gebunden oder beschränkte sich auf die rein militärischen Aufgaben. Sie nahmen die Aktionen nicht zuletzt auch deshalb hin, weil die Vorurteile gegen Juden und Polen überwogen. Hinzu kam, dass der erfolgreiche Krieg die anfängliche Beklemmung in der Bevölkerung in neue Zuversicht umschlagen ließ. Diese Zuversicht der Bevölkerung war freilich zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, dass sie an ein baldiges Ende des Krieges und an ein Einlenken der Westmächte glaubte. Hitler war jedoch trotz seines "Friedensappells" vom 6. Oktober 1939, mit dem er den Alliierten eine Verständigung - allerdings zu seinen Bedingungen - anbot, zur Offensive im Westen entschlossen. Etwas anderes als eine Flucht nach vorn schloss sein politisches Denken völlig aus. Ohne eine Antwort auf seine "Friedensrede" abzuwarten, teilte er den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Entschlossenheit mit, den Zeitpunkt des Angriffes "wenn nur irgend möglich noch in diesen Herbst zu legen". Denn: "Nach Lage der Dinge kann [...] die Zeit mit größerer Wahrscheinlichkeit als Verbündete der Westmächte gelten, denn als Verbündete von uns." Als Kriegsziel nannte er die "Vernichtung der Kraft und der Fähigkeit der Westmächte, noch einmal der staatlichen Konsolidierung und Weiterentwicklung des deutschen Volkes in Europa entgegenzutreten zu können".

Das bedeutete den Anspruch auf eine völlige deutsche Hegemonie über den Kontinent, um dann im Osten die Eroberungspolitik weitertreiben zu können. Durch einen siegreichen Krieg gegen Frankreich, so Hitlers Kalkül, ließe sich Großbritanniens Einfluss auf dem europäischen Festland zurückdrängen. Schließlich könnte es in dieser veränderten Kräftekonstellation doch noch mit London zu jener großen Aufteilung von Interessensphären kommen, von der er immer geträumt hatte. Langfristig sah er einen Interessenkonflikt mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sowie die Gefahr voraus, dass diese militärisch eingreifen würden. Diese Zeitspanne müsse militärisch genutzt werden, denn das Reich könne der Sowjetunion nur entgegentreten, "wenn wir im Westen frei sind". Um eine bessere Ausgangslage zu schaffen, müssten Belgien und Holland in Besitz genommen und Frankreich durch einen Angriff militärisch ausgeschaltet werden. In der militärischen Führung, wo die Erinnerung an das Steckenbleiben und schließliche Scheitern der deutschen Offensive im Ersten Weltkrieg noch wach war, überwog äußerste Skepsis. Hitler hingegen gab sich sicher, dass die Schlacht gegen Frankreich diesmal unter günstigeren Umständen zu gewinnen sei. Darum vermochte ihn auch ein Vortrag des Oberbefehlshabers des Heeres Walther von Brauchitsch am 5. November nicht von seinen Angriffsplänen abzuhalten. Es waren allein die schlechten Wetterbedingungen, die mehrfach zur Verschiebung des Angriffs zwangen, bis dieser auf den 10. Mai 1940 festgelegt wurde.

Krieg gegen Frankreich

Hitler wollte sich die militärische Initiative nicht aus der Hand nehmen lassen und scheute darum auch nicht davor zurück, die Souveränität neutraler und nicht kriegführender Länder zu missachten. So befahl er den Überfall auf die beiden neutralen Länder Dänemark und Norwegen am 9. April 1940, nachdem ihn der Oberbefehlshaber der Marine Erich Raeder von der Gefahr überzeugt hatte, dass Norwegen in englische Hand fallen könne. Am 1. März 1940 hatte Hitler die Weisung "Weserübung" erlassen, welche die Besetzung Dänemarks und Norwegens vorsah. Kurz darauf hatte er sich dafür entschieden, mit dieser Operation noch vor dem Westfeldzug zu beginnen. Mit dem handstreichartigen Überfall auf die nordischen Nachbarstaaten sollten der Zugang zu den schwedischen Erzlagern und eine günstige Operationsbasis gegen England gesichert werden. Noch während die deutschen Truppen in einer kombinierten Operation aller drei Wehrmachtsteile in Norwegen landeten, wobei die Marine erhebliche Verluste erlitt, begann am 10. Mai die Offensive im Westen. Dabei wurde die Souveränität der beiden neutralen Staaten Belgien und Niederlande ohne Rücksicht auf das Völkerrecht verletzt. Der rasche militärische Triumph ließ die anfänglichen Bedenken der Militärs, die auf die mangelnde rüstungstechnische und logistische Vorbereitung verwiesen, schwinden. Die mehrmalige Verschiebung des Angriffs hatte den Erfolg sogar noch begünstigt. Neben der verbesserten militärischen Ausstattung hatte der Angreifer seinen Operationsplan in der Zwischenzeit verändert.

Der so genannte Sichelschnittplan, der im Zusammenspiel zwischen Hitler, Generalleutnant Erich von Manstein und einer eher zögerlichen Heeresführung Ende Februar 1940 verabredet worden war, schuf die entscheidende Voraussetzung für den raschen Erfolg. Der Plan sah den massierten Einsatz von Panzer- und motorisierten Verbänden der Heeresgruppe A über die Ardennen vor, die bislang als ein natürliches Hindernis für den Einsatz solcher motorisierter Verbände gegolten hatten. Gleichzeitig sollte die Heeresgruppe B Belgien und die Niederlande besetzen, um damit die Nordseeküste zu erreichen und die Hauptmasse der gegnerischen Verbände zwischen den beiden Heeresgruppen zu zerreiben. Die Heeresgruppe C hatte lediglich den Auftrag, feindliche Kräfte an der Maginotlinie im Süden zu binden, ohne vorerst den Angriff auf dieses Herzstück der französischen Sicherheitspolitik vorzunehmen. Die militärische Stärke der Westmächte und der deutschen Wehrmacht war insgesamt als gleichwertig einzuschätzen, so dass neben der größeren Erfahrung vor allem der riskante und taktisch geschickte Angriffsplan den Ausschlag für den raschen Erfolg der Wehrmacht gab. In der ersten Phase vom 10. Mai bis zum Ende des Monats waren hauptsächlich das Ausnutzen der Überraschung des Gegners und das unerwartete Tempo des Vormarsches ausschlaggebend. In der zweiten Phase, beginnend am 5. Juni 1940, kam zu der gegnerischen Verwirrung durch den deutschen Operationsplan die innere Schwäche Frankreichs hinzu, das sich von den Folgen der Weltwirtschaftskrise noch nicht erholt hatte.

Innenpolitisch war das Land zudem durch eine tiefe ideologische Polarisierung zwischen den Anhängern der sich antifaschistisch verstehenden Linken und einer bürgerlich-nationalen Rechten geschwächt, die auf die Wucht der nationalsozialistischen Herausforderung mit Defätismus und Konzessionsbereitschaft reagierte.

Französische Kapitulation

Noch auswegloser wurde die Situation Frankreichs durch das Zerschlagen der britisch-französischen militärischen Kooperation. Die Briten versuchten, ihr Expeditionskorps (zusammen mit etwa 100.000 französischen Soldaten, die in Dünkirchen ebenfalls eingekesselt waren) über den Kanal zu retten, was ihnen in einer improvisierten Aktion unter Zurücklassen der schweren Waffen und Dank des Anhaltens des deutschen Vormarsches auch gelang. Im französischen Kabinett, das nach Bordeaux geflüchtet war, begann daraufhin eine Auseinandersetzung zwischen denen, die einen Waffenstillstand befürworteten - an ihrer Spitze die Generäle Philippe Pétain und Maxime Weygand - und jenen, die den Krieg gestützt auf den französischen Kolonialbesitz und auf ein Bündnis mit England weiterführen wollten.

Auch Churchill, der am 10. Mai die britische Regierung übernommen hatte, versuchte Frankreich im Krieg zu halten und schlug eine britisch-französische Union vor. Doch Pétain und Weygand setzten sich durch. Am 17. Juni kündigte Marschall Pétain ein französisches Waffenstillstandsersuchen an. Die politisch-moralische Krise der Dritten Französischen Republik hatte den Boden bereitet für den Zusammenbruch eines politischen Systems, das noch den Ersten Weltkrieg siegreich überstanden hatte. Doch sein zunehmender Verfall und schließlich sein Immobilismus schien für die Anhänger der Diktatur in Frankreich so wie im übrigen Europa Beweis für den Niedergang der parlamentarischen Demokratie zu sein. Der Krieg gegen Frankreich war in der deutschen Wahrnehmung eine politische Demonstration und ein Sieg über ein historisches Trauma. Der Zusammenbruch Frankreichs führte Hitler auf den Höhepunkt seiner Macht. In nur sechs Wochen hatte er mit der Wehrmacht erreicht, woran die kaiserliche Armee im Ersten Weltkrieg in vier blutigen Jahren gescheitert war, nämlich den Sieg über den angeblichen "Erbfeind" Frankreich. Im Wald von Compiègne, wo die Deutschen 1918 um Waffenstillstand bitten mussten, sollte die "nationale Schmach" ausgelöscht werden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die den Franzosen nun in jenem Salonwagen auferlegt wurden, in dem umgekehrt Marschall Foch am 11. November 1918 der deutschen Delegation die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt hatte, waren aus politischen Erwägungen relativ maßvoll. Frankreich behielt seine Flotte und sein Kolonialreich.

Das Land wurde in eine besetzte Zone im Norden bzw. im Westen und in eine unbesetzte Zone im Süden aufgeteilt. Frankreich sollte gleichsam die "Ehre" belassen werden, um es politisch besser unter Kontrolle halten zu können. Andererseits sollte Frankreich nicht mehr in der Lage sein, einen militärischen Widerstand zu organisieren. Die Besatzungsgewalt unterstand einem deutschen Militärbefehlshaber. Der Rumpfstaat im Süden behielt eine eigene Verwaltung und geringe Streitkräfte. Sitz der neuen autoritären Regierung unter Marschall Pétain, die von der französischen politischen Rechten unterstützt wurde, war der Badeort Vichy. Sein Name wurde in Frankreich bald zum Inbegriff für eine spezifische Form der Kollaboration, die vor allem wegen des Zusammenwirkens der französischen Gendarmerie mit der Gestapo und dem SD bei der Judenverfolgung die kollektive französische Erinnerung belasten sollte. Elsaß und Lothringen wurden wie Luxemburg dem Reichsgebiet einverleibt und nationalsozialistische Gauleitern aus dem Reich unterstellt. Die Niederlande unterstanden einem Reichskommissar, der ebenfalls eine von NS-Dienststellen getragene Zivilverwaltung errichtete. Belgien hingegen wurde dem deutschen Militärbefehlshaber unterstellt. Damit zeichnete sich eine verwirrende Vielfalt unterschiedlicher Formen der Besatzungsverwaltung ab, um deren Zuständigkeiten militärische Dienststellen, Parteifunktionäre und ihre Apparate sowie Reichsministerien untereinander wetteiferten und so die polykratischen Herrschaftsformen des Dritten Reichs auf die besetzten und annektierten Gebiete übertrugen.

Besatzungspolitik

Die improvisierte Regelung der Besatzungsherrschaft im Westen versuchte den jeweiligen nationalen Besonderheiten und den politischen Interessen des Siegers gerecht zu werden. Auch wenn im Vergleich zu Polen (und später zur Sowjetunion) die Besatzungspolitik im Norden und Westen Europas insgesamt noch relativ gemäßigt war, so war der deutsche Macht- und Unterwerfungswille doch unübersehbar und kaum geeignet, die Bevölkerung der besiegten Länder zu größeren ökonomischen Anstrengungen an der Seite Deutschlands zu bewegen. Wurde in den annektierten Gebieten Elsaß-Lothringens eine rücksichtslose Germanisierungspolitik betrieben, so konzentrierte sich die neue europäische Hegemonialmacht in Frankreich vor allem auf eine intensive Beutepolitik. Diese war auf die Schließung der Rohstoffengpässe der deutschen Kriegswirtschaft gerichtet, ohne dass damit eine mittelfristige Verbesserung der deutschen Versorgungslage erreicht worden wäre.

Konnten die deutschen Besatzer sich noch der großen Rohstoffvorräte bemächtigen, die Frankreich in Erwartung eines langen Krieges angelegt hatte, so blieben die Erfolge in der mittel- und langfristigen Nutzung der nord- und westeuropäischen Volkswirtschaften begrenzt. Denn trotz der Kooperationsbereitschaft der französischen Wirtschaft gab es strukturelle Hindernisse für eine erfolgreiche Ausbeutung, die aus der Rohstoffknappheit und der Zerstörung von Warenkreisläufen durch den Krieg resultierten. Sie wurden aber auch dadurch hervorgerufen, dass die deutsche Seite allen Bestimmungen der Haager

Landkriegsordnung zum Trotz der Versorgung der deutschen Bevölkerung und den Interessen der deutschen Kriegswirtschaft den absoluten Vorrang vor der Existenzsicherung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gab. Damit konnte zwar die Versorgung der eigenen Bevölkerung gesichert, nicht aber die Produktion der Volkswirtschaften in den besetzten europäischen Ländern angekurbelt werden. Hinzu kam die Unfähigkeit der deutschen Kriegswirtschaft, über längere Zeit die Anstrengungen der Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten. Bald nach dem Frankreichfeldzug ging die Rüstungsproduktion wieder zurück, während auf der britischen Seite erstaunliche Zuwachsraten zu verzeichnen waren und der Zeitfaktor für Hitlers Krieg immer enger und bedrohlicher wurde.

Der militärische Triumph über Frankreich brachte für Hitler eine beispiellose Machtsteigerung nach innen und nach außen. In der Wehrmacht ging die Rede vom "größten Feldherr aller Zeiten" um; der "Führer"-Mythos hatte damit eine neue Dimension erreicht. Denn die Offiziere verloren mit ihren militärischen Expertentum die letzte Bastion ihrer vermeintlichen Eigenständigkeit, und sie waren nun um so mehr bereit, sich Hitlers Führung endgültig zu unterwerfen, auch wenn sie aus ihrer fachlichen Sicht manches anders beurteilten. Während Hitler mit Blumen, Glockengeläut und einer Siegesparade in Berlin Anfang Juli seinen letzten politisch-militärischen Triumph feierte und das "Großdeutsche Reich" sich nach innen und nach außen auf dem scheinbaren Höhepunkt seiner Macht befand, war das Regime nicht in der Lage, diese neue Position politisch und strategisch zur eigenen mittelfristigen Stabilisierung zu nutzen. Das hatte viel mit der Logik des nationalsozialistischen Systems zu tun, das auf der permanenten Mobilisierung und Radikalisierung seiner Herrschaftsziele und -techniken beruhte und vor allem von einem "Führer" beherrscht wurde, der sich mit seinen dogmatisch fixierten Eroberungsplänen selbst unter Zugzwang setzte. Der Erfolg über Frankreich war für Hitler nur eine Etappe auf dem Weg seiner weiteren Eroberungspolitik.

Krieg gegen England

Der Krieg gegen England sollte tatsächlich nur geführt werden, um die gewünschte Handlungsfreiheit nach Osten zu erreichen. Sollte das nicht gelingen, dann rückte als Alternative der Krieg gegen Russland in den Blick, den Hitler nun aber zu einem früheren Zeitpunkt als vorgesehen zu führen gedachte, um mit einem Sieg im Osten England zu isolieren und doch noch zum Einlenken zu zwingen. Der Krieg gegen die Sowjetunion erhielt in diesen mehr vom ideologischen Wollen und von Wunschträumen als von politisch-militärischen Realitäten bestimmten Überlegungen eine doppelte Funktion: Er blieb ideologisches Ziel, wurde aber nun auch Mittel zur Erreichung seines Fernziels. Diese Doppeldeutigkeit warf ein bezeichnendes Licht auf die politisch-strategischen Widersprüche, in die sich Hitler selbst manövrierte. Zunächst versuchte Hitler es mit der direkten Auseinandersetzung, doch fiel der Auftakt zum Krieg gegen England recht zögerlich und vorsichtig aus. Zunächst sollte England durch Luftangriffe zum Einlenken gezwungen werden. Ein Landunternehmen hielt Hitler zu dieser Zeit für ein sehr großes Risiko, das erst in Betracht komme, "wenn kein anderer Weg offen ist, um mit England zum Schluss zu kommen". Auch das OKW betrachtete ein solches Unternehmen als eine "Verzweiflungstat", die aber vermeidbar sei, da es andere Wege gäbe, um England zu bezwingen.

Doch die Luftwaffe, die mit ihren Angriffen auf England am 5. August begann, war nicht in der Lage, die militärischen Voraussetzungen für ein Landunternehmen zu schaffen. Zwar konnten die deutschen Jagd- und Bomberflugzeuge die Infrastruktur der britischen Armee hart treffen. Sie konnten aber weder die Luftüberlegenheit über England erringen noch dauerhaft das britische Potential an Flugzeugen und einsatzfähigen Piloten ausschalten. Mit der Verlagerung auf eine Zermürbungsstrategie durch Bombenangriffe auf Wohnbezirke, die am 24. August 1940 begann, wurden die ohnehin knappen Ressourcen an Flugzeugen und Personal noch weiter zersplittert. Dies hatte zur Folge, dass die Luftwaffe an keiner Front schlagkräftig genug war, um den englischen Widerstand zu brechen. Zwar dehnte sie den Bombenkrieg, der von englischer Seite mit Angriffen auf Berlin beantwortet wurde, immer mehr auf englische Industriestädte wie Coventry und Birmingham aus, aber dadurch blieb die britische Luftwaffe von weiteren massiven Angriffen auf ihre Stützpunkte verschont. Am 17. September musste unter dem Eindruck der steigenden Verluste der deutschen Luftwaffe die Landung "bis auf weiteres" verschoben werden. Es war eine schwere Niederlage für Hitler, die er erst am 5. Dezember eingestand.

Ausweitung des Krieges

Um so rascher konzentrierte er sich seit dem Sommer 1940 auf den Alternativplan, nämlich Russland, das er als den "Festlandsdegen" Englands bezeichnete, zuerst zu schlagen. Mittlerweile hatte die Regierung des nationalsozialistischen Deutschlands erkennen müssen, daß der amerikanische Präsident Roosevelt dem neuen britischen Premierminister Churchill nicht nur den Rücken stärkte, sondern sich darauf einstellte, die Führung des Westens gegen Deutschland zu übernehmen. Das trieb Hitler zu einer weiteren Beschleunigung seines Eroberungsprogrammes. Es zeichnete sich das Konzept einer globalen Ausweitung des Krieges ab, den Hitler als "Weltblitzkrieg" zu führen gedachte. Hitlers Absicht zielte in einer Strategie des Alles oder Nichts darauf, dass er die kontinentale Herrschaft im Osten erringen müsste, so lange die USA rüstungstechnisch noch nicht hinreichend vorbereitet waren. Ein Sieg über Russland, den nicht nur Hitler, sondern auch die Wehrmachtsführung und selbst ausländische Militärexperten angesichts des offensichtlich desolaten Zustandes der Roten Armee für wahrscheinlich hielten, würde nicht nur "Englands letzte Hoffnung" tilgen, sondern auch die USA von weiteren Interventionen abhalten. Das war das machtpolitische Kalkül, das Hitler den militärischen Spitzen des Reiches am 31. Juli 1940 entwarf und das ihm eine zusätzliche Begründung für sein ideologisches Ziel der Lebensraumeroberung im Osten zu bieten schien. "Im Zuge dieser Auseinandersetzung muss Russland erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Russland zerschlagen", folgerte Hitler, "um so besser".

Als Hitler erkannte, dass seine ursprünglichen und ohnehin sehr vagen Stufenplanungen einer geordneten Reihe von Feldzügen durcheinander geraten waren, versuchte er es – bevor er alles auf eine Karte setzte – noch mit dem Konzept seines Außenministers Ribbentrop. Dieser wollte einen Kontinentalblock gegen Großbritannien unter Einbeziehung Italiens, aber auch Frankreichs und Spaniens sowie vor allem Japans schmieden. Der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan, der schließlich unter großem Propagandaaufwand am 27. September 1940 abgeschlossen wurde, sollte allerdings nur auf dem Papier bestehen. Italien wurde aufgrund seiner militärischen Schwäche mehr und mehr zu einer politischen und militärischen Belastung, und das Verhältnis zur fernöstlichen Großmacht Japan blieb locker und unberechenbar. Eine Reise Hitlers im Oktober 1940 machte deutlich, dass weder Marschall Pétain noch General Franco zu einem Bündnis mit Deutschland bereit waren und auf Zeit spielten. Die Gespräche, die schließlich mit dem sowjetischen Außenminister Molotow am 12. und 13. November in Berlin

stattfanden, hatten für Hitler nur noch eine Alibifunktion und sollten die mündlich befohlenen Kriegsvorbereitungen für den Osten nicht unterbrechen. Hitler unterbreitete Molotow das absurde Angebot, sich die "gigantische Weltkonkursmasse" des Britischen Empires gemeinsam als Beute zu teilen.

Was Molotow darauf im Gegenzug als sowjetische Interessensphäre definierte und als Preis für eine weitere wohlwollende Haltung der Sowjetunion ansprach, musste die Interessen des Deutschen Reiches ganz erheblich berühren. Es ging, von Molotow geschickt als sowjetisches Sicherheitsbedürfnis verkleidet, um die Kontrolle über Finnland, Rumänien, Bulgarien und die türkischen Meerengen. Für eine spätere Phase ließ der Abgesandte Stalins sogar das Interesse Moskaus an Ungarn, Jugoslawien und dem westlichen Teil Polens erkennen. Damit lagen sehr weitgehende sowjetische Kriegsziele auf dem Tisch; sie waren kaum noch mit dem Blick auf ein Bündnis mit Hitler formuliert. Auch Stalin dachte offenbar an die Zeit danach. Für Hitler war der Molotow-Besuch ein letzter Test, ob Deutschland und die Sowjetunion "Rücken an Rücken oder Brust an Brust" stünden. Das Scheitern der Gespräche empfand Hitler als Erleichterung, denn der vorübergehende Pakt mit Stalin "würde nicht einmal eine Vernunftfehle bleiben". Das Scheitern der "weltpolitischen Zwischenlösung" Ribbentrops bestärkte Hitler in seinem Entschluss zum Ostfeldzug. Am 18. Dezember 1940 erging seine "Weisung Nr. 21 für den Fall Barbarossa": "Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen."

Krieg aus Prinzip

Von der "Vernichtung der Lebenskraft Russlands" hatte Hitler schon am 31. Juli 1940 vor seinen Generälen gesprochen. Im März 1941 wurde er dann deutlicher: "Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen." Die UdSSR müsse dabei zerschlagen und die "jüdisch-bolschewistische Intelligenz" beseitigt werden. Rücksicht auf die Zivilbevölkerung sollte es in diesem "Weltanschauungskrieg" nicht mehr geben. Dieser bedeutete im Verständnis Hitlers vor allem Vernichtung und Ausrottung des sowjetischen Systems sowie seiner gesellschaftlichen Trägerschichten, zugleich auch Terror gegen ein ganzes Land. Was im Frühjahr 1941 geplant und von der Wehrmachtsführung akzeptiert wurde, war ein fundamentaler Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht. Gerechtfertigt wurden die Vernichtungspläne mit dem bolschewistischen Terror gegen die eigene Gesellschaft und mit der bolschewistischen Revolutionsdrohung gegen Europa. Auch für viele Repräsentanten der Wehrmachtsführung war dies Grund genug, um Bedenken gegen die geplante völkerrechtswidrige und barbarische Kriegführung in dem "Weltanschauungskrieg" hinten anzustellen.

Es gab darum nur wenig Meinungsverschiedenheiten zwischen militärischer und politischer Führung. Statt dessen war das OKW bereit, bei der Planung und Formulierung der Einsatzbefehle des "Weltanschauungskrieges" mitzuwirken. So stimmte die Wehrmachtsführung, nicht zuletzt auch um Konflikten mit der politischen Führung aus dem Wege zu gehen, einer Definition des Hoheitsgebietes der SS im Operationsgebiet des Heeres zu. Der Reichsführer der SS Himmler erhielt im Operationsgebiet des Heeres "Sonderaufgaben", die sich "aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme" ergaben. Der Reichsführer sollte dort "selbständig und in eigener Verantwortung" handeln. Vor allem sollte er, ähnlich wie im Polenfeldzug, Einsatzgruppen zur Vernichtung der "von Stalin eingesetzten Intelligenz" bilden. Welche Aufgaben die Einsatzgruppen im einzelnen übernehmen sollten, wurde erst kurz vor Beginn des Feldzuges und offenbar nur mündlich festgelegt. Deutlich trat vor allem der rassenantisemitische Grundton hervor. Das Heer würde sich aus diesen Vernichtungsaktionen nicht heraushalten können, da Hitler von den Soldaten verlangte, dem völlig anderen Charakter dieses "Weltanschauungskrieges" gerecht zu werden und vom "Standpunkt des soldatischen Kameradentums abzurücken". Denn: "Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad." Vor einer Versammlung von hohen Offizieren verkündete Hitler am 30. März 1941: "Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen." Hitler argumentierte hier vor allem mit dem antibolschewistischen Argument, von dem er annehmen musste, dass es im Denken seiner Truppenführer ebenfalls Widerhall fand.

Die rassenantisemitische Erweiterung dieses Ansatzes war unmissverständlich, auch wenn sie nicht angesprochen wurde. Denn Judentum und Bolschewismus waren im ideologischen Denken des Nationalsozialismus identisch. Diese Sichtweise wurde in vielen anderen Weisungen auch gegenüber der militärischen Führung ausgesprochen. Die am 30. März anwesenden Offiziere reagierten teils reserviert, teils zustimmend. Nach Hitlers Rede gingen die Stäbe von OKW und OKH (Oberkommando des Heeres) daran, Hitlers Forderungen in Befehle für das "Unternehmen Barbarossa" umzusetzen. Der Sieg über Frankreich übte auf die Offiziere noch seine einschüchternde und betäubende Wirkung aus und hatte überdies die moralischen Dämme brechen lassen, die noch gegen die nationalsozialistische Ideologie bestanden. Schließlich ging es, so sagten sich viele Soldaten, nun um den Kampf gegen den Bolschewismus. Da zählten für viele die offenkundigen Verletzungen des Kriegsvölkerrechtes weniger als die tief verwurzelten Ängste und Vorurteile.

Hitlers Parole vom Entscheidungskampf der beiden Weltanschauungen war auf fruchtbaren Boden gefallen. Selbst ein Mann wie Generaloberst Erich Hoepner (1886-1944), der später aktives Mitglied im Widerstand gegen Hitler wurde, zog in einem Aufmarschbefehl vom 2. Mai 1941 die gewünschte Folgerung aus Hitlers Rede: "Der Krieg gegen Russland ist die zwangsläufige Folge des uns aufgedrungenen Kampfes um das Dasein. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russlands zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. [...] Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems."

Kommissarbefehl und wirtschaftliche Ausbeutung

Der Erlass über die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet "Barbarossa" vom 13. Mai sowie der Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 zeigten, wie weit die Bereitschaft der Wehrmachtsführung ging, die nationalsozialistischen Feindbilder für das eigene Handeln zu übernehmen. Begründet wurde der Erlass, der wichtige Regeln der Militärgerichtsbarkeit im Umgang mit der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten außer Kraft setzte, mit dem Hinweis, "dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat". Damit wurde gerechtfertigt, dass "Straftaten feindlicher Zivilpersonen" nicht mehr gerichtlich geahndet werden sollten, sondern dass

"Freischärler" und "tatverdächtige Elemente" sofort und ohne Einschaltung eines Kriegs- und Standgerichts einem Offizier vorzuführen wären, der über ihre Erschießung zu entscheiden hätte. Auch bestand gegenüber deutschen Soldaten, die sich durch ein grausames Verhalten gegen "feindliche Zivilpersonen" hervortaten, kein Verfolgungszwang. Damit waren der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ähnlich versuchten OKW und OKH, den Truppenführern den Kommissarbefehl zu erläutern. Er besagte im Widerspruch zu allen Kriegsregeln, dass im militärischen Operationsgebiet politische Kommissare der Roten Armee noch auf dem Gefechtsfeld von den übrigen Kriegsgefangenen abzusondern und sofort zu erschießen seien.

Kommissare, die im rückwärtigen Heeresgebiet, also hinter der kämpfenden Truppe ergriffen würden, sollten an die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD übergeben werden. Beide Erlasse suchten die Wehrmacht in die Ausrottungspraxis mit einzubeziehen und die Einsatzgruppen für einen Teil des Operationsgebietes zu "entlasten". Die Befehle wurden unterhalb der Armee-Ebene in der Regel mündlich weitergegeben und riefen teilweise heftige Proteste hervor. Sie veranlassten Hitler im Mai 1942 zur versuchsweisen Aufhebung des Kommissarbefehls, um, wie die offizielle Begründung lautete, "die Neigung zum Überlaufen und zur Kapitulation eingeschlossener sowjetischer Truppen zu steigern". Dies bedeutete im Klartext, dass der Widerstand der Bevölkerung und die Partisanentätigkeit nicht durch die Härte der deutschen Kriegsführung noch weiter gesteigert werden sollte. Die Kritik am "Gerichtsbareitserlass" war ebenfalls eher pragmatischer und nicht grundsätzlicher Natur, denn die Armeeführer befürchteten durch ihn eine Auflösung der Disziplin in der Truppe.

Auch mit Blick auf die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR wurde gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen. Dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, General Georg Thomas, war bewusst, dass das Gebot, den Bedarf der einheimischen Bevölkerung sicherzustellen, mit dem Ziel, die Wehrmacht ausreichend zu versorgen und Überschüsse abzuliefern, nicht in Deckung zu bringen war. Deshalb schlug er eine Reduzierung des Getreideverbrauches der einheimischen Bevölkerung vor. Im Frühjahr 1941 stellten mehrere Staatssekretäre in Anlehnung an die Richtlinien von Thomas fest, dass der Krieg nur weiterzuführen wäre, "wenn die gesamte Wehrmacht im dritten Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei", hieß es in der Besprechung weiter, "werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn für uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird." Noch ungeheuerlicher waren die Aufgaben der vier Einsatzgruppen, die in einer Gesamtstärke von 3000 Mann den Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd und der 11. Armee zugeteilt wurden, aber direkt dem Reichssicherheitshauptamt unter Heydrich unterstanden. Zu den Sonderaufgaben, die sie hinter der Front vornehmen sollten, gehörten die Liquidierung der feindlichen politischen und geistigen Führungsschichten, vor allem aber der Juden in der Sowjetunion, die von den nationalsozialistischen Ideologen als "biologische Wurzel" des Bolschewismus stigmatisiert wurden. Den Befehl zur Erschießung aller Juden in dem eroberten Territorium hatten die Einsatzgruppen schon im Mai 1941 erhalten.

Dadurch, dass sie "hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung" den Armeen unterstellt waren, geriet die Wehrmacht weiter in das Netz der "verbrecherischen Befehle". Denn Teile der Truppen, vor allem im rückwärtigen Heeresgebiet, waren nun direkt oder meistens indirekt durch ihre logistische Unterstützung an den Massenerschießungen der Einsatzgruppen beteiligt. Eine Woche nach der Versammlung am 30. März 1941, bei der Hitler die Offiziere über den Charakter des bevorstehenden Feldzuges informiert hatte, erfuhr Ulrich von Hassel, Kopf des bürgerlich-konservativen Widerstandes von den Befehlen, die Generalstabschef Halder unterschrieben hatte. Hassels Urteil war eindeutig und weitsichtig, mit "dieser Unterwerfung unter Hitlers Befehle" werde die Ehre "der deutschen Armee" geopfert. Die Bevölkerung wurde auf den Krieg gegen die Sowjetunion entgegen der bisherigen Praxis propagandistisch nicht vorbereitet. Erst nach dem Angriff vom 22. Juni versuchte die Propaganda, den Krieg als eine militär- und machtpolitische Notwendigkeit und als Abwehrkampf gegen die bolschewistische Gefahr darzustellen. Doch es gibt keinen Beleg, der den Russlandfeldzug als Präventivkrieg rechtfertigen lässt. Denn die deutsche Führung fürchtete zu keinem Zeitpunkt - weder Ende 1940, als die Entscheidung für das Unternehmen "Barbarossa" fiel, noch in der ersten Hälfte des Jahres 1941, als der Aufmarsch erfolgte - einen unmittelbar bevorstehenden Angriff Stalins. Sie war sich vielmehr sicher, wie Goebbels in seinem Tagebuch am 16. Juni 1941 registrierte, dass der "Bolschewismus wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird".

Krieg auf dem Balkan und Vormarsch in der UdSSR

Während die Angriffsvorbereitungen für den Ostfeldzug auf vollen Touren liefen, zwang Mussolini das Deutsche Reich, sich erneut im Mittelmeerraum militärisch zu engagieren. Die Feldzüge im April und Mai 1941 gegen Jugoslawien und Griechenland wurden als militärisch notwendig angesehen, nachdem Mussolinis Truppen in Albanien und Nordafrika um die Jahreswende 1940/41 in Bedrängnis geraten waren und die britischen Luft- und Seestreitkräfte vom griechischen Ministerpräsidenten Ioannis Metaxas (1871-1941) schon Ende Oktober 1940 zu Hilfe gerufen worden waren. Um die arg bedrängten Italiener zu entlasten sowie die Bedrohung der sehr verwundbaren militärischen Flanke im Südosten Europas durch die britische Luftwaffe zu verhindern und auch die kriegswirtschaftlich wichtigen rumänischen Ölfelder vor britischen Bombenangriffen zu schützen, ordnete Hitler am 13. Dezember 1940 die Vorbereitung des Balkanfeldzuges an. Die turbulenten politischen Vorgänge in Belgrad Ende März 1941, bei denen schließlich eine prowestliche, nationalistische Regierung unter General Dusöan Simovic die Macht übernahm und den 27-jährigen Peter II. zum König machte, riefen Hitlers zornige Reaktion und eine Forcierung der deutschen Angriffspläne hervor.

Mit dem Balkanfeldzug, der mit den Überfällen auf Griechenland und Jugoslawien am 6. April begann und mit der Kapitulation der jugoslawischen Armee am 17. April sowie der griechischen Armee am 21. April beendet wurde, war zwar der Zeitplan, nicht aber die Zielsetzung für den Russlandkrieg durcheinander geraten. In den neuen Besatzungsgebieten auf dem Balkan wurden zudem erhebliche Truppenverbände gebunden, da sich dort sofort Widerstands- und Partisanenbewegungen bildeten, die trotz blutiger und brutal geführter militärischer Säuberungsaktionen nicht niedergehalten werden konnten.

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 überschritt die deutsche Wehrmacht mit drei Millionen Soldaten - das waren insgesamt 153 Divisionen - ohne Kriegserklärung die Grenze zwischen der deutschen und sowjetischen Machtsphäre. Der Russlandfeldzug war als "Blitzfeldzug" geplant, Waffen- und Geräteausstattung des Ostheeres waren nur für eine Kampfdauer von drei Monaten ausgelegt, der Munitionsvorrat reichte nur für zwölf Monate, und nennenswerte personelle Reserven standen nicht mehr bereit. Die deutsche politische und militärische Führung ging davon aus, dass der Russlandfeldzug vor dem Einbruch des Winters zu Ende sein werde, die Mehrheit der Verbände war darum nicht mit Winterkleidung ausgestattet. Mit der in Polen und Frankreich erprobten Strategie der Panzerstoßkeile und der Kesselbildungen gelangen den drei deutschen Heeresgruppen in den ersten Wochen tatsächlich gewaltige Raumgewinne. Nach etwas sechs Monaten standen die deutschen Truppen westlich

von Rostow und in Charkow sowie vor Moskau und östlich von Leningrad.

Am 2. Oktober eröffnete die Heeresgruppe Mitte ihren Angriff auf Moskau, bis die Schlammperiode Mitte Oktober die Angriffsoperationen stoppte. Als die deutschen Truppen am 15. November erneut zum Angriff antraten, blieb ihre Offensive 30 Kilometer nördlich und etwa 50 Kilometer südlich von Moskau stecken. Die Rote Armee ging am selben Tag zur Gegenoffensive über, worauf Hitler der Heeresgruppe Mitte befahl, "fanatischen Widerstand" zu leisten. Der Oberkommandierende des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, legte daraufhin sein Amt nieder. Dies löste nach den erheblichen Meinungsverschiedenheiten, die im Spätsommer zwischen Hitler und Generalstabschef Halder über den Schwerpunkt des deutschen Angriffs ausgebrochen und von Hitler für sich entschieden worden waren, die zweite und noch schwerere militärische Krise aus. Sie führte nun zur Übernahme des Oberbefehls des Heeres durch Hitler persönlich und zu einem neuerlichen Revirement im Oberbefehl der Heeresgruppen. Damit hatte das Heer endgültig seine Autonomie verloren, was die Offiziere jedoch nicht daran hinderte, als Hitlers treue Helfer ihren militärischen Dienst weiter auszuüben.

Verluste und Niederlagen

Der Angriff auf die UdSSR wurde für die deutsche Wehrmacht nach raschem Vormarsch bald zu einer Katastrophe: Das Ostheer verlor zwischen Ende Juni 1941 und Ende März 1942 an Toten, Verwundeten und Vermissten über eine Million Mann, die Krankheitsfälle nicht mitgerechnet. Der personelle Ersatz, der an die Ostfront in derselben Zeit geschickt wurde, betrug nur 450.000 Mann. Hinzu kamen gewaltige Verluste an Rüstungsmaterial. Auch die ökonomische Ausbeutung der eroberten Gebiete brachte längst nicht die erwünschten Ergebnisse. Hingegen zeigte die sowjetische Rüstungsindustrie nach der Verlagerung der Rüstungsbetriebe in den Osten des Landes eine gewaltige Leistungssteigerung, und vor allem demonstrierte die Sowjetunion mit ihrem Sieg vor Moskau ihre Fähigkeit, alleine den Angreifern zu widerstehen. Das sollte ihr internationales politisches Gewicht, nachdem das Regime von fast allen Beobachtern schon aufgegeben war, drastisch erhöhen. Umgekehrt mußte sich die deutsche Führung eingestehen, dass ihr Blitzkriegsplan gescheitert war. Der Befehlshaber des Ersatzheeres, Friedrich Fromm, hielt im November 1941 angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage einen Friedensschluss für ratsam. Fritz Todt, Minister für Bewaffnung und Munition, kam Ende November mit demselben Rat zu Hitler. Auch Hitler schien sich solchen Ahnungen und Überlegungen nicht zu verschließen und erging sich in düsteren und menschenverachtenden Endzeitbildern. "Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug sein wird, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden."

Doch solche Ahnungen wurden dann wieder sehr schnell von dogmatischen Kriegszielplanungen verdrängt, mit denen Hitler eine letzte globale Etappe des Krieges einleiten wollte, die in einem Alles oder Nichts den Sieg bringen sollte. Noch während der Wende vor Moskau hatte sich durch den Angriff japanischer Truppen auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor am 7. Dezember der Krieg zum Weltkrieg ausgeweitet. Am 11. Dezember erklärte Hitler den USA den Krieg, ohne dass das Deutsche Reich durch den Dreimächtepakt dazu verpflichtet gewesen wäre. Nach dem Scheitern seines Blitzkriegsplanes in Russland suchte Hitler in einem verzweifelten Versuch die Flucht nach vorn. Damit wollte er die letzte Chance für eine erfolgreiche Wendung des Krieges im Sinne seines Stufenplanes nutzen, bevor das amerikanische Potential voll eingesetzt werden konnte. Wie gering der Handlungsspielraum Hitlers und seiner Bündnispartner tatsächlich war, zeigt die Alternative, vor die sich der deutsche Diktator Anfang Dezember 1941 gestellt sah. Für ihn gab es nur noch Weltmacht oder Untergang. Die Kriegserklärung an die USA war eine Geste ganz im Sinne des nationalsozialistischen Bedürfnisses nach der heroischen Tat. Aber sie konnte nur mühsam verbergen, wie sehr sie bereits nur noch Reaktion auf machtpolitische Tatsachen und Konstellationen war, die anderswo gesetzt wurden.

Zwar sollte Hitler mit seinen erneuten Offensiven nach den Katastrophen des Winters 1941/42 im Juni 1942 noch einmal Siegeshoffnungen bei sich und der Armee wecken. Doch mit den weiteren militärischen Eroberungen, die die Wehrmacht in der am 28. Juni 1942 eröffneten Sommeroffensive bis an das Schwarze Meer und den Kaukasus brachten, mutete der Oberbefehlshaber Hitler seiner Armee eine militärische Überdehnung zu. Sie gipfelte mit der Entscheidung vom 23. Juli 1942, die Heeresgruppe B in Richtung Stalingrad zu beordern sowie die Heeresgruppe A nach Süden abzuwenden, in einer strategischen Fehlplanung, die in der Katastrophe von Stalingrad im Winter 1942/43 endete. Obwohl Hitlers Imperium im Spätsommer 1942 seine größte Ausdehnung erreichte, war die Niederlage gleichzeitig vorhersehbar. Denn die Grenzen der deutschen militärischen und kriegswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit waren längst erreicht und das Deutsche Reich hatte die strategische Initiative schon verloren. Hinzu kamen ständige militärische Führungskrisen, die ihre Ursachen in dem Realitätsverlust des triumphierenden Diktators und in der Hilflosigkeit seiner Führungsgehilfen hatten.

Der Wendepunkt des Krieges, sofern er nicht schon im Dezember 1941 erreicht war, trat spätestens im Herbst 1942 ein. Die Rote Armee startete im November 1942 ihre Gegenoffensive bei Stalingrad. Der britische General Bernhard Montgomery brach mit vielfacher Übermacht durch die deutsch-italienischen Stellungen bei El Alamein in Nordafrika und am 7./8. November waren englische und amerikanische Truppen an den Küsten Nordafrikas gelandet und begannen, eine zweite Front zu eröffnen. Hitler lehnte jedoch jeden Gedanken an Nachgeben ab und formulierte, nun wieder ganz der Dogmatiker, der zum politischen Kalkül unfähig war: "Es gibt jetzt nur noch eines, und das heißt Kampf." Hinfort war die deutsche Kriegführung und Politik in die Defensive geraten und unbeweglich durch den ideologischen Starrsinn Hitlers. Die militärischen Niederlagen der deutschen Truppen - vor allem im Osten - und das nahende Ende des Dritten Reiches 1944/45 bedeuteten darum nicht nur ein militärisch-politisches Ereignis von größter Tragweite, sondern auch eine Befreiung von Rassenwahn und Vernichtungspolitik. Bis zu der militärischen Wende des Krieges und zum Vormarsch der Alliierten bedeutete "jede gewonnene Schlacht, jeder Organisationserfolg in der Rüstungsindustrie, jedes Durchhalten im Inneren und an den militärischen Fronten die Voraussetzung dafür, dass in Auschwitz weiter gemordet werden konnte" (Ludolf Herbst). Ein Ausweg aus dieser Zwangssituation, in der Erfolg oder Misserfolg der deutschen Kriegspolitik auch über das Schicksal von Millionen Menschen entschied, konnte nur durch eine innere Veränderung bzw. Überwindung der bestehenden nationalsozialistischen Herrschaftsordnung oder durch eine militärische Niederlage von außen herbeigeführt werden.

"Totaler Krieg" und Anti-Hitler Bündnis

Bereits mit dem Scheitern des "Blitzkriegs" gegen die Sowjetunion im Herbst 1941 bzw. mit den alliierten Gegenoffensiven im

Herbst 1942 hatte sich die militärische Wende des Krieges vollzogen, auch wenn sich tatsächlich erst mit dem Fall von Stalingrad im Januar/Februar 1943 das Gefühl einstellte, die Vernichtung der sechsten Armee könnte der Anfang vom Ende sein. Zudem hatte sich der Krieg mit dem Kriegseintritt der USA in globale Dimensionen ausgeweitet. Mit der deutschen Kriegserklärung an die USA hatte Hitler zu erkennen gegeben, daß er trotz des Scheiterns seiner "Blitzkriegstrategie" im Osten nicht gewillt war, eine politische Lösung des Krieges herbeizuführen. Vielmehr versuchte er, die kurze Phase bis zum voraussichtlichen militärischen Eingreifen der USA, das sich zunächst gegen Japan wenden würde, auf dem europäischen Kontinent zu nutzen, um doch noch einen Sieg über die Sowjetunion zu erreichen. Damit aber nahm die Risikopolitik Hitlers dramatische Formen an und das NS-Regime manövrierte sich dadurch in immer größere Termin- und Handlungszwänge. Denn trotz der vorübergehenden Siegeshoffnungen im Sommer 1942, als deutsche Truppen bis an den Kaukasus, an die Wolga und die ägyptische Grenze vorstießen, konnte Deutschland schon längst nicht mehr das militärische Geschehen aktiv bestimmen.

Zur selben Zeit formierte sich die Anti-Hitler-Koalition, die vor allem auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 mit der Forderung nach einer "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands zum einen ihre Kriegsziele formulierte, zum anderen ihre innere Geschlossenheit herstellte. Mit der Entscheidung der angelsächsischen Mächte, zunächst Deutschland niederzuwerfen, rückte der europäische Kontinent wieder in den Blickpunkt des globalen Geschehens. Als im Sommer 1943 an der Ostfront die deutsche Offensive im Mittelabschnitt bei Kursk aufgrund mangelnder Durchschlagskraft und der alliierten Landung in Sizilien abgebrochen werden musste, war die militärische Initiative auf die Sowjets übergegangen. Im August 1944 waren die deutschen Truppen schließlich auf die Ausgangsstellung von 1941 zurückgedrängt. Nachdem auch an der Südfront im Frühsommer 1943 mit der Kapitulation der deutschen und italienischen Verbände in Afrika bzw. der Landung der Alliierten in Italien am 10. Juli 1943 sich die militärische Wende abgezeichnet hatte, rückte die Westfront immer deutlicher in das Zentrum der deutschen Strategie.

Das "Freie Frankreich" war von der französischen Widerstandsbewegung unter Charles de Gaulle proklamiert worden und besaß seine Machtpositionen zunächst in den französischen Kolonien, vor allem in Nordafrika und in der Emigration. Die deutsche Führung hatte sich daraufhin zur Besetzung der bisher unbesetzten, nur von der Vichy-Regierung kontrollierten Zonen im Süden Frankreichs am 11. November 1942 veranlasst gesehen. Auch der Staatsstreich in Italien am 25. Juli 1943, bei dem Mussolini abgesetzt wurde, signalisierte das nahende Ende der Faschisten und einen Frontwechsel der neuen italienischen Regierung unter Pietro Badoglio. Obwohl mit der alliierten Landung in Nordafrika am 8. November 1942 und der Eroberung Siziliens am 10. Juli 1943 der Weg über Südeuropa offen schien, begann die militärische Befreiung des europäischen Kontinents von der nationalsozialistischen Herrschaft mit voller Wucht erst durch die Invasion der Westalliierten in der Normandie am 6. Juni 1944. In Erwartung dieser Invasion hatte die deutsche Führung ihre militärische Hauptstoßkraft von der Ostfront nach Frankreich verlagert, ohne dadurch die alliierte Landung verhindern und die Befreiung Frankreichs im Laufe des Spätsommers und Herbsts 1944 aufhalten zu können.

Totale Niederlage

Die Unfähigkeit des Regimes zur Politik zeigte sich schließlich auch im Unvermögen, einen rechtzeitigen Waffenstillstand oder auch einen Separatfrieden abzuschließen. So blieb am Ende nur die illusionäre Hoffnung auf einen Wechsel der Bündnisse, an die sich Hitler und Goebbels in ihren Untergangsvisionen klammerten. Die Möglichkeit eines Separatfriedens hatten die Alliierten allerdings schon durch die Konferenz von Casablanca im Januar 1943 weitgehend zu unterbinden versucht, als sie mit der Formel des "unconditional surrender" (bedingungslose Kapitulation) die widersprüchliche und nur durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen das Hitler-Regime vereinte, Koalition bis zum militärischen Sieg zusammenzuhalten versuchten. Damit war aber dem Dritten Reich fast jeder politische Ausweg aus der drohenden totalen Niederlage und bedingungslosen Kapitulation genommen und die deutsche Gesellschaft noch fester an das NS-Regime gekettet. Seit dem Sommer 1944 waren die militärische Niederlage und das Ende des NS-Regimes absehbar und mit ihm der Untergang des Deutschen Reichs. Im Sommer 1944 machten sich die Alliierten in einer "Europäischen Beratenden Kommission" daran, einen Entwurf für die politische Kapitulation Deutschlands, ein Protokoll über die Aufteilung Deutschlands in einzelne Besatzungszonen und ein Abkommen über die alliierten Kontrolleinrichtungen zu verabschieden.

Die weitere Ausgestaltung dieser Absichtserklärungen auf künftigen Konferenzen der siegreichen Mächte hing auch von der weiteren Entwicklung ab. Während Stalin alles tat, um im von der Roten Armee eroberten Polen politisch vollendete Tatsachen zu schaffen und die Rote Armee bis an die Rigaer Bucht und die Grenzen Ostpreußens vorstieß, hatte Hitlers letzter Gegenschlag, die Ardennenoffensive, den Vormarsch der amerikanisch-britischen Truppen nur kurzzeitig stoppen können. Nach schweren Kämpfen wurde Aachen am 21. Oktober 1944 als erste deutsche Großstadt erobert, der weitere Vormarsch der Alliierten in Richtung Rhein blieb vorerst stecken. Unterdessen begann am 12. Januar 1945 an der gesamten Ostfront zwischen Memel und Karpaten die sowjetische Winteroffensive, die bereits Ende des Monats bis an die Oder vorstoßen konnte. Während Hitler am 16. Januar 1945 sein Führerhauptquartier in den Bunker unter der Berliner Reichskanzlei verlegte und an alle Divisionen Durchhaltebefehle erteilte, hatte in den eisigen Wintermonaten 1944/45 schon längst eine Massenflucht der deutschen Zivilbevölkerung aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern und Schlesien begonnen. Riesige Flüchtlingsstrecken hatten sich - oft mit erheblicher Verzögerung durch die Behinderung seitens der örtlichen NS-Dienststellen - vor den rasch vorrückenden sowjetischen Truppen auf völlig verstopften Straßen nach Westen in Bewegung gesetzt oder versucht, über die Ostseehäfen Königsberg und Pillau mit der deutschen Kriegsmarine zu entkommen. Wer von der Roten Armee eingeholt und überrollt wurde, dem drohten Verschleppung, Vergewaltigung oder Tod.

Trotz des erbitterten Durchhaltewillens der deutschen Soldaten war der militärische Zusammenbruch absehbar, auch weil der Kollaps der deutschen Kriegswirtschaft drohte. Von Speer schon seit dem Spätsommer 1944 vorhergesehen und in einer Denkschrift vom 15. März 1945 bekräftigt, war er weniger Folge der anhaltenden Bombardements der Westalliierten auf die deutsche Rüstungsindustrie, als vielmehr Folge des Verlustes verschiedener Rohstoffquellen wie etwa der rumänischen Erdölquellen und der Zerstörung des Verkehrsnetzes. Eine nachhaltige Wirkung erzielten die alliierten Bomberflotten mit ihren Angriffen auf Eisenbahnknotenpunkte, Brücken und Kanäle, ab Frühjahr 1944 auch auf die Ölraffinerien und Hydrierwerke. Die Zerstörungen der übrigen Industriebetriebe, die teilweise schon ausgelagert waren, hielten sich in Grenzen oder konnten rasch wieder behoben werden. Auch die Angriffe auf deutsche Wohngebiete, die 3,37 Millionen Wohnungen und vier Fünftel aller deutschen Großstädte zerstörten und mehr als 600.000 Menschen das Leben kosteten, haben weder die Waffenproduktion noch die Moral der deutschen Bevölkerung wirklich brechen können. Nicht allein die technische und materielle Überlegenheit der

Alliierten ließ die deutsche Niederlage seit 1943 unausweichlich werden, sondern auch Defizite in der Planung, Fehlentscheidungen in der Rüstungsplanung und in der operativen Führung, die auf die destruktiven Wirkungen des Führungschaos an der politischen Spitze des Reiches zurückgingen.

Die selbstzerstörerischen Kräfte, die im politischen System des "Dritten Reichs" angelegt waren, kamen in seinem Untergang deutlich zum Vorschein. Am 30. Januar 1945, als Hitler in einer Rundfunkansprache zum zwölfjährigen Jubiläum der NS-Machtübernahme wieder einmal den Durchhaltewillen angesichts der drohenden Gefahr des "asiatischen Bolschewismus" beschworen hatte, unterbreitete ihm Speer, dass nach dem bevorstehenden Verlust des Ruhrgebietes mit dem endgültigen Zusammenbruch der Wirtschaft zu rechnen sei und dass danach eine Fortsetzung des Krieges sinnlos wäre. Auch mit einer Denkschrift vom 15. März 1945 versuchte Speer Hitler davon zu überzeugen, daß er die letzten Reste der Wirtschaftsbasis für die Überlebenden erhalten müsse. Dies wollte Hitler nicht akzeptieren und ordnete am 19. März 1945 im so genannten "Nero-Befehl" die vollständige Zerstörung der deutschen Wirtschaft an. Der Rassenideologe sah keinen Grund mehr für die Erhaltung eines Volkes, das im Lebenskampf seiner Meinung nach unterlegen war. Das war auch Thema der Hasstiraden und Untergangsvisionen, die seine letzten Mitarbeiterbesprechungen im Führerbunker im April 1945 begleiteten: Das deutsche Volk habe versagt; es habe das Schicksal verdient, das es jetzt erwarte.

Auch in seinem politischen Testament, das er am 30. April 1945 in seinem Bunker in Berlin angesichts der vorrückenden Roten Armee formulierte, blieb er der Ideologe und radikale Rassenantisemit, der er immer war. Mit einer Propagandalüge verabschiedeten sich der Diktator und sein Regime von der Welt: Am 1. Mai 1945 meldete der Rundfunk "dass unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist". Tatsächlich hatte er sich am 30. April, gegen 15.30 Uhr mit Gift das Leben genommen. SS-Leute hatten die Leiche im Garten der Reichskanzlei zu verbrennen versucht.

Quelle: *Deutsche Geschichten*

»<http://www.deutscheGeschichten.de>«

Ein Internet-Angebot der Cine Plus Media Service GmbH & Co KG in Co-Produktion mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Stand April 2005.